Landeshauptstadt Magdeburg
Der Oberbürgermeister

Magdeburg, 07.03.17

Niederschrift

Gremium	Sitzung - GESO/027(VI)/17			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Gesundheits- und Sozialausschuss	Mittwoch, 15.02.2017	Altes Rathaus, Franckesaal	17:00Uhr	18:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

2 Bestätigung der Tagesordnung

3 Genehmigung der Niederschrift vom 18.01.2017

4 Bahnhofsmission Magdeburg
BE: Herr Sosnowski

5 Beschlussvorlagen

5.1 Änderungssatzung Seniorenbeirat DS0522/16

5.2 Erste Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung für zusätzliche Ehrenämter/Einsatz von ehrenamtlich tätigen Integrationslotsen DS0517/16
BE: BG V

6 Magdeburger Standard der Barrierefreiheit im Öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) - Magdeburger Standard DS0040/16
BE: Amt 61

7 Anträge

7.1	Antragsberechtigung für den Magdeburg-Pass ausweiten BE: Fraktion Die LINKE, Fraktion Magdeburger Gartenpartei	A0103/16
7.1.1	Antragsberechtigung für den Magdeburg-Pass ausweiten BE: BG V	S0271/16
8	Berichterstattung aus dem Arbeitskreis für Seniorenfragen und Altenplanung BE: Stadträtin Keune	
9	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r
Kornelia Keune
Mitglieder des Gremiums
Matthias Boxhorn
Manuel Rupsch
Birgit Steinmetz
Monika Zimmer
Sachkundige Einwohner/innen
Andreas Poppe
Katharina Ronstedt
Vincent Schwenke
Geschäftsführung
Jens Lukassek

Mitglieder des Gremiums
Jacqueline Tybora
Alfred Westphal

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadträtin Keune eröffnet die Sitzung. Derzeit kann keine Beschlussfähigkeit festgestellt werden.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Stadträtin Keune stellt einen Änderungsantrag zur Tagesordnung, dass der TOP 6 „Magdeburger Standard der Barrierefreiheit im Öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) - Magdeburger Standard“ vorgezogen werden soll und nach TOP 4 „Bahnhofsmission Magdeburg“ behandelt werden soll. Aus Mangel an beschlussfähigen Mitgliedern kann dies nicht abgestimmt werden. Die Anwesenden Mitglieder haben keine Einwände zum genannten Vorschlag.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 18.01.2017

Die Niederschrift vom 18.01.2017 konnte nicht bestätigt werden, da nicht genügend beschlussfähige Stadträte anwesend sind.

4. Bahnhofsmission Magdeburg

Herr Sosnoswki, Leiter der Ökumenischen Bahnhofsmission-Hauptbahnhof Magdeburg, stellt die Bahnhofsmission vor. Er schildert die Entstehung und die Entwicklung zur Bahnhofsmission. Da die Bahnhofsmission eine kirchliche Institution ist, gibt es dort auch eine „gelebte Kirche“ innerhalb der Einrichtung. Die Bahnhofsmission behandelt jeden gleich und macht keine Unterschiede zwischen den Menschen. Die Angebote der Bahnhofsmission sind unteranderem Um-, Ein- und Ausstiegshilfen für ältere oder behinderte Menschen. Des Weiteren sind die Mitarbeiter mit blauen Westen auf den Gleisen unterwegs und bieten Ihre Hilfe an, bei Bedarf. Sie geben auch Reiseinformationen aus und unterstützen Gestrandete bei der Weiterfahrt. Ein weiteres Aufgabengebiet ist die Versorgung und Betreuung von bedürftigen Personen. Dabei gibt es viele Obdachlosen die diese Hilfen in Anspruch nehmen. Dabei werden den Menschen auch Kontakte zu den sozialen Dienstleistern wie das Sozial- und Wohnungsamt vermittelt und bei der Antragsstellung geholfen. Die Bahnhofsmission bietet auch für alleinstehende oder einsame Menschen einen sozialen Treffpunkt.

Herr Sosnoswki erklärt, dass die Bahnhofsmission innerhalb des Bahnhofes umzieht und neue Räumlichkeiten bekommt.

Herr Sosnoswki wünscht sich für die Bahnhofsmission mehr politische und finanzielle Unterstützung. Dabei berichtet er, dass Die Bahnhofsmission sehr abhängig von den freiwilligen Spenden ist (im Jahr 2016 wurden 5.000,00 € an Spenden in bar eingenommen).

Stadträtin Steinmetz nimmt nun an der Ausschusssitzung teil.

Stadträtin Steinmetz fragt:
Ob die neuen Räumlichkeiten, dann die endgültigen Räume für die Bahnhofsmission darstellen?

Herr Sosnoswki antwortet:
Diese Räume sollen für die nächsten 15 Jahre für die Mission gelten.

Stadträtin Steinmetz fragt:
In wie weit eine Suchtberatung in der Bahnhofsmission stattfindet?

Herr Sosnoswki antwortet:
Die Mitarbeiter sind nicht in Sucht- und Abhängigkeitsberatung geschult, aber sie hören sich die Probleme und Sorgen der Mensch an und vermitteln an die Beratungsstellen weiter.

Dr. Hildebrand fragt:
Wie viele finanzielle Mittel konkret von der Stadt, Kirche und Anderen kommen?

Herr Sosnoswki antwortet:
Dass er dies gerade nicht beantworten kann, aber er wird eine Übersicht zusammenstellen und zur Verfügung stellen.

17:40 Uhr
Stadträtin Keune stellt nun die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und wiederholt die ersten Tagesordnungspunkte zur Abstimmung:

Zu TOP 2:
Stadträtin Keune stellt einen Änderungsantrag zur Tagesordnung, dass der TOP 6 „Magdeburger Standard der Barrierefreiheit im Öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) - Magdeburger Standard“ vorgezogen werden soll und nach TOP 4 „Bahnhofsmission Magdeburg“ behandelt werden soll.

Der Änderung zur Tagesordnung wurde einstimmig befürwortet.

Zu TOP 3:
Die Niederschrift vom 18.01.2017 wurde bestätigt mit dem Abstimmungsergebnis:
3-0-2

5. Beschlussvorlagen

5.1. Änderungssatzung Seniorenbeirat

Frau Borris bringt die Drucksache ein und erklärt, dass der einzige Unterschied darin besteht, dass es anstatt 7,50 € pro geladener Sitzung nun 16,50 € gibt.

Herr Dr. Hildebrand fragt:
Erhält man nur die Entschädigung, wenn man offiziell zur Sitzung geladen wurde oder ob man die Entschädigung auch ohne Einladung erhält.

Stadtrat Rupsch antwortet:
Es ist eindeutig in der Satzung beschrieben, dass man das Sitzungsgeld bekommt, wenn man zu einer Sitzung eingeladen wurde.

Herr Dr. Hildebrand fragt:
Wenn er nun am Gesundheits- und Sozialausschuss teilnimmt, ob er dafür auch Sitzungsgeld erhalten würde.

Frau Schulz erklärt:
Die einzige Änderung besteht in der Höhe des Sitzungsgeldes, welches angehoben wurde und sich keine andere Regelung geändert hat.

Frau Borris sagt:
Das Sitzungsgeld gibt es nur bei einer offiziellen Einladung und nicht nur durch Teilnahme.

Stadträtin Keune stellt die Drucksache 0522/16 zur Abstimmung:
Die DS0522/16 wurde mit dem Abstimmungsergebnis 4-1-0 empfohlen.

5.2. Erste Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung für zusätzliche Ehrenämter/Einsatz von ehrenamtlich tätigen Integrationslotsen

Frau Lubinski bringt die Drucksache ein und erklärt, dass in der Satzung die Aufwandsentschädigung der Integrationslotsen geregelt wird. Die Lotsen begleiten Asylbewerber in ihrem täglichen Leben und leisten Hilfestellungen bei der Wohnungssuche, bei Ärzte- und Behördenwegen, beim Umgang mit Nachbarn und Bewerbungsschreiben, usw. Derzeit gewinnt sie gerade Lotsen für das Projekt und Ende Februar soll die ersten Schulung für die Tätigkeit stattfinden.

Stadträtin Keune fragt:
Das Jobcenter hat angeführt, dass sie auch Integrationslotsen beschäftigen. Handelt es sich hierbei um das gleiche Projekt?

Frau Borris antwortet:
Das Jobcenter hat in Ihrem Flüchtlingsteam solche Integrationslotsen, welches das Jobcenter separat beschäftigt. Dies hat nichts mit dem Dezernat V zu tun.

Stadträtin Zimmer fragt:
Wenn Harz IV-Empfänger diese Entschädigung für die Tätigkeit erhalten, ob dies dann von den Regelleistungen abgezogen wird?

Frau Lubinski antwortet:
Da es sich dabei um ein Ehrenamt handelt, darf die Entschädigung nicht mit dem Regelsatz verrechnet werden.

Stadtrat Rupsch äußert:
Harz IV-Empfänger dürfen jährlich bis zu 2.400,00 € als Freibetrag durch ehrenamtliche Tätigkeiten dazuverdienen.

Stadträtin Keune stellt die Drucksache zur Abstimmung:
Die DS 0517/16 wurde einstimmig empfohlen.

6. Magdeburger Standard der Barrierefreiheit im Öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) - Magdeburger Standard

Herr Schröter bringt die Drucksache ein und berichtet von den verschiedenen Problemen die bei der Umsetzung entstanden sind. Vor allem bei der Planung der verschiedenen Haltestelletypen und der Anpassung in den Verkehrsraum.

Herr Pischner bringt an, dass die Blindenleitschienen erneuert werden müssen. Des Weiteren sagt er, dass die Bordsteinhöhe an den Haltestellen 24-25 cm betragen sollte und nicht 18 cm wie es früher üblich war.

Stadträtin Steinmetz fragt:
Ob bei der Gesamtsumme von den 75 Mio. € auch die Buslinien mit erfasst sind?

Herr Schröter antwortet:
Ja die sind mit erfasst, die Gesamtsumme beläuft sich auf Hochrechnungen von alten Kosten.

Stadträtin Keune stellt die Drucksache zur Abstimmung:
Die DS0040/16 wurde einstimmig empfohlen.

7. Anträge

7.1. Antragsberechtigung für den Magdeburg-Pass ausweiten
7.1.1. Antragsberechtigung für den Magdeburg-Pass ausweiten

Frau Schulz berichtet von der Vorstellung der Änderung zum MD-Pass und hätte sich dafür mehr Teilnahme gewünscht, da Frau Borris eine sehr umfangreiche Präsentation vorgestellt hat. Frau Borris hat jeder Fraktion angeboten, dass sie die Änderung bei Bedarf noch einmal einzeln vorstellen würde. Weiter erklärt Frau Schulz die Änderung des Antrages zur Anhebung der Berechtigungsgrenze von 110% auf 125%.

Herr Dr. Hildebrand sagt:
Es lohnt sich nicht den Antrag zu stellen, da für die ca. 30 € die man im Monat mehr erhält sich der Aufwand des Ausfüllens des ewig langen Antrages nicht rechnet.

Frau Schulz antwortet:
Der Antrag besteht aus 2 Seiten, ist übersichtlich und schnell auszufüllen.

Stadtrat Rupsch sagt:
Der Antrag ist nur 2 Seiten lang und für jeden verständlich. (Stadtrat Rupsch zeigt dem Ausschuss auf seinem Laptop, den 2 seitigen Antrag für den MD-Pass.)

Herr Pischner sagt:
Er findet das gut und sagt, dass man auf der Internetseite einen Rechner miteinbauen sollte. Mit dem man seine Berechtigung für den MD-Pass schnell überprüfen kann.

Frau Schulz antwortet:
Der Vorschlag ist gut. Sie wird die Möglichkeit dafür prüfen lassen.

Stadtrat Rupsch sagt:
Er findet den Antrag nicht gut, da die 110% als Grenze ausreichend sind. Man könne unterdessen einen Antrag auf einen Familienpass in Sachsen-Anhalt stellen, welcher noch mehr

finanzielle Unterstützung bietet. Die 125% stellt auch eine Mehrbelastung für den Haushalt für diese Jahr dar, was nicht umsetzbar sein wird.

Stadträtin Keune stellt den Antrag zur Abstimmung.
Der A0103/16 wird mit dem Abstimmungsergebnis 3-0-2 empfohlen.

8. Berichterstattung aus dem Arbeitskreis für Seniorenfragen und Altenplanung

Stadträtin Keune erklärt, dass die erste Sitzung der AG erst am 27.02. stattfindet.

9. Verschiedenes

Herr Pischner erzählt, dass sich viele Menschen mit Behinderung bei ihm beschwert haben, dass seit dem 01.01.17 eine neue Begutachtung für Pflegestufen stattfinden soll. Die Leute bekommen einen Brief vom Sozial- und Wohnungsamt indem steht, dass sie ihre Pflegestufe neu ermitteln lassen sollen, da es sonst keine Leistungen mehr geben könnte.

Frau Borris antwortet:
Wir haben uns mit der Thematik befasst. Der Nachrang muss bei allen Leistungen diesbezüglich festgestellt werden, da es das Gesetz verlangt. Es gab jetzt im Januar ca. 30 Fälle, aber diese Zahl bleibt nicht so hoch.

Stadträtin Keune stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Kornelia Keune
Vorsitzende

Jens Lukassek
Schriftführer